



Medium DIE WELT

Thema „In anderen Regionen der Erde kommen all die Gesetze aus Brüssel nicht gut an“

Datum 23.10.2024

WELT+ NEUER KOMMISSAR

„In anderen Regionen der Erde kommen all die Gesetze aus Brüssel nicht gut an“



Von **Stefan Beutelsbacher**
EU-Korrespondent in Brüssel

Stand: 11:26 Uhr | Lesedauer: 7 Minuten



Quelle: Getty Images/Grant Faint

Immer mehr Verordnungen, Verbote und Formulare belasten die Unternehmen in der EU. Dort reift nun offenbar ebenfalls die Erkenntnis, dass man es übertrieben hat. Ein alter Bekannter soll Europa nun in neu geschaffener Position verschlanken. Die Wirtschaft hegt Zweifel an seinem Erfolg.

Entsorgt der Zulieferer aus Indien seinen Müll korrekt oder kippt er alles in Seen und Flüsse? Beahlt der Geschäftspartner aus Brasilien Frauen und Männern ähnliche Löhne oder gibt es „Gender Pay Gaps“? Und wie ist es bei dem Dienstleister aus Nigeria – auch das muss in den Formularen für die EU angegeben werden – um die „Work-Life-Balance“ bestellt?



Europas Firmen sollen erfassen, wie sich das Handeln ihrer Lieferanten auf die Umwelt und die Gesellschaft auswirkt. Über die ganze Wertschöpfungskette hinweg, vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt. „Der Aufwand ist enorm“, sagt Thomas Fischer, Aufsichtsratschef des Unternehmens Mann + Hummel zu WELT. Mehr als 1000 Datenpunkte müssten die Mitarbeiter erheben, um die Anforderungen der – schon das Wort ist kompliziert – europäischen Nachhaltigkeitsberichterstattung zu erfüllen.

Und dabei, klagt Fischer, handele es sich nur um ein EU-Gesetz von vielen. Hinzu komme etwa die Lieferkettenrichtlinie, die Mann + Hummel 1,5 Millionen Euro im Jahr koste. Auch für dieses Gesetz muss das Unternehmen Geschäftspartner in fernen Teilen der Erde durchleuchten.

„Die EU sitzt auf ihrem hohen Ross und belehrt die Welt“, sagt Fischer. Mann + Hummel ist ein Familienkonzern aus Baden-Württemberg. Seine 22.000 Mitarbeiter stellen Filter her, etwa für Staubsauger und Kühlschränke, Autos und Flugzeuge, Krankenhäuser und Atomkraftwerke. „In anderen Regionen der Erde“, so Fischer, „kommen all die Gesetze aus Brüssel nicht gut an.“ Regierungen und Geschäftspartner in Afrika sprächen von einer neuen Art des Kolonialismus. „Einige meinen, es sei einfacher, Geschäfte mit China zu machen, und wenden sich von Europa ab“, erzählt Fischer.



Thomas Fischer führt als Aufsichtsratschef des Unternehmens Mann + Hummel 22.000 Mitarbeiter
Quelle: Mann + Hummel



Verordnungen, Verbote, Formulare – das Thema Regulierung beschäftigt Europas Unternehmen seit Jahren. Zwischen 2019 und 2024, in der ersten Amtszeit der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, erließ die EU 69 große Umweltgesetze. Also mehr als eins pro Monat. Sie regeln alles Mögliche. Wie viel Methan aus alten Bergwerken strömen darf. Wie Supermärkte Lebensmittel verpacken sollen. Dass europäische Unternehmen den Kohlendioxidausstoß ihrer Zulieferer ermitteln müssen. Erst diese Woche sagte Bundeskanzler Olaf Scholz auf dem Arbeitgebertag in Berlin: Die EU brauche endlich Bürokratieabbau in großem Umfang. „Da sind Dinge rausgekommen“, meinte Scholz, „wo man sich nur wundert.“

Von der Leyen hat auf die vielen Klagen aus der Wirtschaft reagiert. In der neuen Legislaturperiode, die Ende des Jahres beginnt, will sie einen Kommissar mit der Mission „Vereinfachung“ beauftragen. Der Lette Valdis Dombrovskis soll die Bürokratie auf dem Kontinent abbauen. Bisher war er in der Behörde für Handel zuständig, stritt mit der chinesischen Regierung über Zölle. Nun soll er europäische Gesetze verschlanken, vielleicht sogar zurücknehmen.

Dombrovskis führte Lettland einst durch eine schwere Krise

Dombrovskis führte einst die lettische Regierung und steuerte seine Nation durch eine schwere ökonomische Krise. Er wird in Brüssel respektiert, gilt als jemand, der sich in Details einarbeitet und ein Ohr für die Nöte der Unternehmen hat. Sein Aufgabenbereich ist neu in der Kommission. Bisher, so schien es, beschäftigten sich dort alle mit dem Aufbau von Bürokratie, nicht mit dem Abbau. Nun reift wohl die Erkenntnis, dass man es übertrieben hat. Doch wird Dombrovskis – so das EU-Parlament seiner Ernennung im kommenden Monat zustimmt – wirklich etwas bewegen können?



Valdis Dombrovskis war er in der EU-Kommission bislang für Handel zuständig. Nun bekommt er eine neue Rolle
Quelle: Getty Images

„Meine Hoffnung hält sich in Grenzen“, sagt Fischer, der Aufsichtsratschef von Mann + Hummel. „Ich glaube nicht, dass Herr Dombrovskis Bürokratie abbauen wird, im besten Fall verhindert er neue fragwürdige Gesetze.“ Der Lette, sagt Fischer, sei schließlich seit vielen Jahren Teil der Brüsseler Blase und habe all die Regulierung mitgetragen, auch wenn man berücksichtigen müsse, dass er in der vergangenen Amtszeit nicht für Bürokratieabbau, sondern Handelspolitik zuständig war.

Es ist ein sonniger Nachmittag Ende Oktober, Fischer sitzt in einem Zimmer auf der zweiten Etage eines alten Kaufmannshauses am berühmten Grand Place, dem früheren Marktplatz Brüssels. Kamin, Kronleuchter, Wände mit Holzvertäfelung. Durch bodentiefe Fenster fällt der Blick auf einen kleinen Garten. Fischer sprach am Morgen mit anderen Unternehmern und EU-Abgeordneten über von der Leyens bevorstehende zweite Amtszeit. Über seine Erwartungen, Hoffnungen und Sorgen.



Viele Manager bezweifeln, dass der neue Kommissar für Entbürokratisierung greifbare Ergebnisse liefern kann. „Es geht nicht nur darum, hier und da ein Gesetz zu verschlanken“, sagt Karin Exner-Wöhrer, Chefin des österreichischen Automobilzulieferers SAG Group, der in Europa und Mexiko tätig ist, zu WELT. „Die EU muss ihre ganze Grundhaltung ändern.“ Brüssel, so Exner-Wöhrer, sollte den Firmen stärker vertrauen. Ihnen mehr Freiheiten lassen, statt im Vorhinein alles Mögliche zu verbieten. „Auch die Wirtschaft will den Klimawandel bekämpfen“, meint Exner-Wöhrer, „dafür braucht es keine Regulierung bis ins kleinste Detail.“ Unternehmerische Freiheit sei die Grundlage unseres Wohlstands.

Kommissare wollen seit langer Zeit Bürokratie abbauen. Schon 2014 sagte Michel Barnier, damals zuständig für den Binnenmarkt: „Ich möchte die gesamte EU-Gesetzgebung einer Überprüfung unterziehen.“ Wirtschaftskommissar Olli Rehn meinte in demselben Jahr: „Europa muss nicht alles Mögliche bis ins Detail regeln.“ Der Deutsche Günther Oettinger, zu der Zeit Energiekommissar, formulierte etwas umständlich: „Es ist für die Akzeptanz der EU entscheidend, auf Basis des geltenden Vertrags Prioritäten zu setzen und auch Nicht-Handlungsgebiete zu definieren.“

Vor noch längerer Zeit, im Jahr 2007, gründete die EU eine Expertengruppe zum Bürokratieabbau. Der Chef damals: Edmund Stoiber, kurz davor Ministerpräsident Bayerns. „Die EU wird von radikalen Gegnern massiv attackiert“, sagte Stoiber einmal. „Man nimmt diesen eine Menge Wind aus den Segeln, wenn Brüssel endlich das sein lässt, was genauso gut regional gelöst werden kann.“ Solche Sätze sind heute, da rechtspopulistische Parteien überall auf dem Kontinent Zulauf erhalten, wieder aktuell. Das Problem ist nur: In den vergangenen 18 Jahren ist – allen Bekundungen zum Trotz – wenig geschehen. „Nicht-Handlungsgebiete“ sind noch immer selten.

Exner-Wöhrer, die Chefin der auf Aluminiumkomponenten und Tanksysteme spezialisierten SAG Group, fordert daher radikale Reformen. „Die EU sollte das Prinzip der Einstimmigkeit verwerfen“, sagt sie. „Vor allem beim Thema Freihandel.“ Bisher ziehen sich die Gespräche der Kommission über neue Abkommen oft lange hin. Mit der Wirtschaftsgemeinschaft Mercosur etwa, der Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay und Bolivien angehören, verhandelt Brüssel schon seit mehr als 25 Jahren. Und am Ende können einzelne Staaten und sogar einzelne nationale Parlamente alles torpedieren. Das müsse sich ändern, meint Exner-Wöhrer.



Karin Exner-Wöhler, Chefin des österreichischen Automobilzulieferers SAG Group
Quelle: SAG Group

Ein Grund für die Verzögerungen ist, dass Brüssel Umweltregeln in die Verträge aufnehmen will, beispielsweise zum Erhalt des brasilianischen Regenwaldes. Die Mercosur-Staaten finden das übergriffig und wehren sich. Und die europäische Wirtschaft, die einen Deal herbeisehnt, ist frustriert. „Handelsabkommen sollten in erster Linie dem Handel dienen und nicht zuvörderst dem Schutz von Pflanzen und Tieren“, sagt Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen und Politik, zu WELT.

„Klima-NGOs dürften Richtungswechsel verhindern“

Kirchdörfer bezweifelt, dass von der Leyen in ihrer zweiten Amtszeit den versprochenen Schwenk – weniger Regeln zum Umweltschutz und mehr Förderung der Wettbewerbsfähigkeit – tatsächlich vollzieht. „Sie hat vor fünf Jahren den Green Deal ins Leben gerufen und wird nun nicht einfach davon abrücken“, sagt Kirchdörfer. „Zudem sind die Brüsseler Klima-NGOs sehr mächtig und dürften einen Richtungswechsel verhindern.“

Kirchdörfer sieht – wie viele Manager – den Standort Europa in Gefahr und fürchtet Abwanderung. „Das in vielen neuen Rechtsvorschriften zum Ausdruck kommende Misstrauen der EU gegenüber Unternehmen ist riesig“, sagt er. „Das Übermaß an Regulierung führt jetzt dazu, dass die Unternehmen mit den Füßen abstimmen und anderswo investieren.“



Auch Valdis Dombrovskis, meint Kirhdörfer, werde viel Gegenwind spüren. „Er bräuchte den Rückhalt der Kommissionspräsidentin, um Regulierung abzubauen“, sagt der deutsche Kenner von Familienunternehmen. „Und ich glaube nicht, dass Frau von der Leyen ein echtes Interesse daran hat.“ Der Ruf nach weniger Bürokratie dürfte Kirhdörfer zufolge in Brüssel kaum erhört werden. „Das ist so“, sagt er, „als würde man die Frösche bitten, den Teich auszutrocknen.“